

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag. —

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P.R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die festgesetzte Preiskategorie ist 15 Pfennig, die Reklamezeile 30 Pfennig. —

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für: den Amtsbezirk Birtenwerder.

Nr. 93.

Donnerstag, den 10. August 1911

10. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das „Illustrierte Familienblatt“.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Steuern und Feuerkassenbeiträge für das 2. Vierteljahr bis spätestens am 15. August und zwar in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags bei der Gemeindekasse zu entrichten sind.

Birtenwerder, den 29. Juli 1911.

Die Gemeindekasse. C. Schulz. B. d.

#### Hohen Neuendorf.

#### Bekanntmachung.

Die Steuern pro Juli/September 1911 sind bis 15. August cr. an den Wochentagen von 8—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags bei der hiesigen Steuerkasse, Waldemarstraße 8, einzuzahlen.

Hohen Neuendorf, den 30. Juli 1911.

Steuerkasse.

#### Borgsdorf.

#### Bekanntmachung.

Die Staats- und Gemeinde Steuern für die Monate Juli, August und September 1911, sowie die Kirchensteuer, Landwirtschaftskammer-Beiträge und Viehsteuer werden bis zum 16. d. Mts. an den Wochentagen vormittags von 8—12 Uhr beim unterzeichneten gezahlt.

Borgsdorf, den 1. August 1911.

Serrmann, Steuererheber.

#### Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 12. d. Mts., nachm. 6 Uhr, werde ich im Restaurant C. G. v. n. Hohen Neuendorf, Berlinerstraße, nachstehende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern:

- 1 Schreibstisch, 1 Schreibstisch, 1 Kleiderständer, 1 Spielautomat, 1 Waschtisch.

Birtenwerder, den 3. August 1911.

Michel, Vollziehungsbeamter.

### Ein großer Tag im englischen Unterhaus.

Die große Abrechnung mit der Regierung, die die Partei der Unionisten schon für vorige Woche vorbereitet hatte, die dann aber verschoben werden mußte, hat nun am Montag im englischen Unterhause stattgefunden. Es handelte sich um den Schlusssatz um die bekannte Betäubung und gleichzeitig um die Einbringung eines oppositionellen Adelsvorschlages, vertreten durch den Führer der Konservativen Balfour, gegen das Kabinett Asquith wegen „grober Verletzung der konstitutionellen Rechte.“ Um großen ganzen entwickelte sich die Sache als ein fulminantes Redewort zwischen Balfour und Asquith, das natürlich mit einem Siege des letzteren endete, da ja die Mehrheit im Unterhause auf seiner Seite steht.

Che man sich indes in medias res stürzte, beschäftigte man sich noch ein wenig mit der jetzt so aktuellen Marokkofrage. Der Liberale Wilson fragte die Regierung, ob sie an die Verantwortung denke, die Großbritannien als eine der hauptsächlichsten Unterzeichner der Algiersakte habe, und ob sie zur Befestigung der gegenwärtigen Ungewißheit und Unruhe für Handel und Kredit, die durch die jüngste Aktion Deutschlands in Marokko hervorgerufen worden seien, Schritte unternehmen wolle auf Grund des Artikels 9 der Algiersakte, um dem diplomatischen Korps ihren Wunsch bekanntzugeben, Auskunft über die in Frage stehende Aktion zu erhalten. Eine Antwort erhielt der Neugierige nur insofern, als Staatssekretär Grey ihm sagte, er möge sich gefälligst noch etwas gedulden. Ein anderer Redner aus dem Hause hatte sich über eine Rede des neuen österreichischen Reichspräsidenten geäußert, und wollte deswegen eine neue Friedenskonferenz einberufen haben. Grey meinte aber, wenn wegen jeder England unangenehme Rede eine Konferenz einberufen werden sollte, dann würde die Welt nie ohne Konferenzen sein. Auf

dieses Bonmot quittierte das Haus mit „großer Heiterkeit“ und fühlte sich nummehr bereit, die Anklagerede Balfours über sich ergehen zu lassen.

In Erwiderung auf eine Anfrage Balfours betreffend den Zeitpunkt, zu welchem an die Krone das Erlauchen gestellt worden sei, neue Peers zu ernennen, erklärte Premierminister Asquith, dieses Erlauchen sei gestellt und angenommen worden, nachdem die Lords ihre Amendements zu der Parlamentsbill eingebracht hätten. Es hätten vorläufige Verhandlungen vertraulichen Charakters zwischen dem König und den Ministern stattgefunden, und er werde im Laufe der Debatte über diese etwas mitteilen. Balfour beantragte hierauf ein Adelsvorsotum und erklärte, die Minister hätten ihre Rechte als Berater der Krone gröblich mißbraucht und durch den Mißbrauch dieser Rechte sich über die Konstitution gestellt. Ihr Vorgehen sei ohne Beispiel, und sie hätten diesen Weg eingeschlagen nicht unter dem Zwang eines großen überwältigenden Drucks der öffentlichen Meinung, sondern, um eine parlamentarische Abmachung zwischen den sie unterstützenden Parteien durchzuführen und zu dem Zweck, das Volk daran zu hindern, seine Meinung über Home-rule zu äußern.

Die Prorogative der Krone sei aufs äußerste mißbraucht worden und die englischen Staatseinrichtungen seien gänzlich aus den Fugen. Asquith, der von langanhaltendem Beifall der Ministerellen empfangen wurde, sprach ohne die befürchtete Unterbrechung seitens der Unionisten. Er erklärte, der Rat sei der Krone gegeben und von ihr angenommen worden im Hinblick auf die gegenwärtige Lage. Nachdem Asquith auseinandergelegt hatte, daß er auf des Königs dringenden Wunsch die Mitteilungen, die bisher von König und Ministern vertraulich behandelt worden seien, bekannt geben könne, erklärte er, daß nach dem Scheitern der Konferenz das Kabinett sich über die Auflösung des Parlaments schlüssig gemacht. Gleichzeitig aber habe es den König benachrichtigt, daß es nicht die Verantwortung übernehme könnte, eine Auflösung anzuraten, wenn es nicht wüßte, daß im Fall die Regierungspolitik von einer angemessenen Mehrheit des Unterhauses gebilligt würde, der König bereit sei, seine Prorogative auszuüben, um die Sicherheit zu gewähren, daß die Entscheidung über das Endergebnis dem Lande anheim gegeben werde. Die Minister hätten auch dem König mitgeteilt, daß sie sich völlig der Wichtigkeit bewußt seien, den Namen des Königs aus dem Parlament zu lassen, und die Zustimmung des Königs erbeten, im Saisinteressen Mitteilungen über die Absichten der Krone erst zu veröffentlichen, sofern und sobald sich die Notwendigkeit zu einem solchen Rat ergebe. Der König sei nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände zu dem Schluß gekommen, daß er keine andere Wahl habe, als dem Rat des Kabinetts zuzustimmen, und demgemäß habe er, Asquith, am 18. November 1910 die Auflösung des Unterhauses verkündet. Asquith stellte weiter in Abrede, daß die bestehende vertrauliche Abmachung zwischen dem Souverän und den Ministern eine Unwahrscheinlichkeit in die nachfolgende Diskussion der Bill hineingebracht hätte. Die Bill, erklärte der Premierminister, ist von uns immer behandelt worden und wird jetzt behandelt werden als eine Bill, die im Prinzip von der Wählerchaft gutgeheißen ist, und die deshalb mit jeder vernünftigen Verringerung, die ihrem Prinzip nicht verhängnisvoll ist, zum Gesetz erhoben werden soll. Erst als meine Hoffnung, daß das Oberhaus die Bill annehmen werde, vergeblich war, wurde der König gefragt und willigte ein, nötigenfalls seine Prorogative auszuüben. Ich habe nichts zu entschuldigen oder zu verteidigen. Wir schlugen nur den Weg ein, der mit den Erwägungen der Ehre und der wahren Rücksichtnahme auf die Würde der Krone übereinstimmt. Der von uns eingeschlagene Weg war korrekt, überlegt und verfassungsgemäß, und das Kabinett ist, was ihn anbelangt, willens, sich der Entscheidung des Hauses und unserer Landbevölkerung zu unterwerfen. Es ist mir vergnügt gewesen, dieses Asquith seine Rede, drei britischen Souveränen zu dienen, und dabei in engen Beziehungen zu ihnen zu stehen, und mein Gewissen sagt mir, daß ich in dieser Eigenschaft unausführlich mich bemüht habe, die Würde und die berechtigten Privilegien der Krone zu wahren. Aber ich habe mein Amt nicht nur durch die Gunst der Krone, sondern durch das Vertrauen des Volkes und ich würde mich des Berates schuldig machen, wenn ich im entscheidenden Augenblick des großen Kampfes sein Vertrauen täuschen würde.

Der Redekampf endete damit, daß das Unterhaus das beantragte Adelsvorsotum gegen die Regierung mit 365 gegen 240 Stimmen ablehnte.

### Deutsches Reich.

#### Eine Warnung.

Die Eisenbahndirektion Berlin hat dieser Tage folgende Verfügung erlassen: Es werden neuerdings lebhaftere Anstrengungen gemacht, um die Beamten und Arbeiter der Staatsbahnverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden insbesondere Flugblätter und periodische Agitationschriften verbreitet. Von derartigen Drucksachen, die das Ziel haben, Unzufriedenheit unter den Bediensteten zu erregen und das gute Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem Personal zu stören, wird nachdrücklich gewarnt. Das Mitbringen solcher Flugblätter oder Arbeitsstücke oder ihre Weitergabe wird als Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen angesehen, die ebenso wie jede andere Beteiligung in dieser Richtung die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung oder die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.

#### Konflikt in der rheinischen Fortschrittspartei.

Innerhalb der fortschrittlichen Volkspartei der Rheinprovinz ist es zu einem schweren Konflikt über die Stellung der Partei zur Sozialdemokratie bei den Stichwahlen gekommen. Der Führer der einen Richtung ist der Reichstagsabgeordnete Realgymnasialprofessor Eichhoff, der eine scharfe ablehnende Haltung gegenüber einem Partieren mit der Sozialdemokratie einnimmt. Dem steht gegenüber die sogenannte Düsseldorf-Richtung. Es ist von Eichhoff ein Rundschreiben verfaßt worden, das schwere Angriffe auf die Leitung der fortschrittlichen Volkspartei enthält und von sozialdemokratischen Blättern in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Daraufhin fand am Sonntag eine vertrauliche Sitzung der Parteileitung für die Rheinprovinz statt, in welcher Professor Eichhoff die scharfe Mißbilligung der Partei ausgesprochen wurde. Das „Berl. Tagebl.“ bucht dies Mißtrauensvotum bereits in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Adieu Herr Eichhoff“. Darin werden „der unbedeutenden Persönlichkeit des Herrn Eichhoff“ allerhand Vorwürfe gemacht. So habe er nicht nur entgegen den Parteibeschlüssen ständig bei seiner Vorliebe für den schwarz-blauen Blod“ sich nach rechts gehalten, sondern er habe auch dem fortschrittlichen Parteisekretär verboten, seinen Wahlkreis Lennep-Nettmann zu bearbeiten. 1907 sei Eichhoff gleich in zwei Wahlkreisen gewählt, nämlich in Wülflaun-Langensalza und in Lennep-Nettmann, in beiden Wahlkreisen allerdings erst in der engeren Wahl. Da er sich für Lennep-Nettmann entschieden, so mußte in Wülflaun-Langensalza ein zweites Mal gewählt werden, und in der zweiten Wahl siegte der konservative Kandidat Arnstadt mühelos bereits im ersten Wahlgange. Auch dafür macht man, scheint, Herrn Eichhoff verantwortlich. Im Reichstage habe er dann bei den Beratungen über die Versicherungsordnung, wie der Abgeordnete Scheidemann behauptet, die Taktik der fortschrittlichen Volkspartei nicht mitgemacht, sondern habe als einziger Fortschrittlicher wiederholt für die Forderungen der Konservativen und Nationalliberalen gestimmt. Gegen diese Vorwürfe habe sich Eichhoff noch nicht in glaubwürdiger Weise verwahrt. Indirekt wirkt dem Abgeordneten dann das genannte Blatt nach vor, daß Eichhoff sich zu seinem Verhalten wohl nur dadurch habe bestimmen lassen, weil er bei der Stichwahl die Wahlhilfe der Christlichsozialen und des Zentrums gebrauche, die über etwa 14 000 Stimmen verfügten. Schließlich gibt das Blatt Herrn Eichhoff noch den guten Rat, sich vom Fortschritt loszulösen und etwa bei der Reichspartei Anschluss zu suchen. Auf die Weiterentwicklung des Falles kann man gespannt sein.

### Ausland.

#### Zur Lage in Marokko.

Zwischen dem Staatssekretär v. Ritterlen-Baechter und dem Botschafter Cambon steht, wie der „Matin“ aus Berlin erfährt, eine neue Unterredung unmittelbar bevor, in deren Verlauf der französische Diplomat den modifizierten Vorschlag seiner Regierung, der deutsche Staatsmann die abgeänderten Ansprüche Deutschlands vorlegen will. Man erwartet, daß die Ausprüche den noch zwischen dem französischen und deutschen Angebot bestehenden Abstand ganz verschwinden lasse oder wesentlich verringere. Aus diesem Grunde glauben unterrichtete Kreise noch nicht an die Veröffentlichung eines offiziellen Communiqués im Laufe dieser Woche. Gleichwohl hält man es nicht für unmöglich, daß der Reichsfinanzler bereits Mitte der Woche dem Kaiser Bericht erstatten werde.

#### Der peckische Er-Schah im Rücken.

Die persischen Tagesblätter veröffentlichen einen Erlaß des schiitischgefühlteten Oberhauptes in Nedjet, in dem gegen den Er-Schah der Bannfluch geschleudert wird. Dadurch wird dieser für alle Gläubigen in Persien unrein und vogelfrei. In der Lage selbst hat sich nichts geändert. Der Er-Schah soll noch in Sari sein. Der gegen ihn gefandte Serdar-Mohir hält den Gebirgspass besetzt, verlangt aber mehr Truppen. Bachtarvan sollen auch abziehen. Die